

Preis 0,10 DM

**Das Problem
der Oder-Neiße-Linie**

SPD
SPD
SPD
SPD
SPD
SPD
SPD
SPD
SPD

S
SA
SPD
SPD
SPD
SPD
SPD
SPD
SPD

1858)
)



Zu den schwersten Belastungen, denen die Entwicklung einer friedlichen Zusammenarbeit Europas ausgesetzt ist, gehört das unnatürliche Verhältnis zwischen den Nachbarländern Polen und Deutschland. Die im Interesse gutnachbarlicher Beziehungen und des europäischen Friedens notwendige Überwindung der durch Hitlers Kriegspolitik und durch geschichtliche Vorgänge früheren Datums angehäuften Gegensätze hätte schon unter weniger gespannten Nachkriegsverhältnissen ein großes Maß von Takt und Geduld auf beiden Seiten erfordert. Aber durch die vom kommunistisch beherrschten Polen verfolgte Politik der Schaffung vollendeter Tatsachen jenseits der Oder-Neiße-Grenze ist Polen in einen derartigen Gegensatz zu den Wiederaufbau- und Gesundheitsbedürfnissen des demokratischen Deutschlands geraten und so stark zum Gefangenen der Großmachtspolitik des Kreml geworden, daß es ernsthafter diplomatischer Bemühungen aller an der Gesundung Europas interessierten Regierungen bedarf, dieses Mißverhältnis zu ändern.

Auch General Clay erklärte in einer Pressekonferenz am 13. Mai 1949, die noch immer unentschiedene Frage der Oder-Neiße-Linie könne eine Bedrohung des europäischen Friedens werden, jedoch könnten diese Schwierigkeiten behoben werden. Die noch nicht feststehende Grenze brauche an sich keine Gefahr zu sein. Sie trage jedoch zum Mangel an Stabilität in Europa bei.

In der gleichen Richtung geht eine von der Informationsabteilung der britischen Militärregierung herausgegebene Ergänzung zu der „Anweisung für Drucker“, in der sie folgende Verfügung für die Herausgabe von Landkarten von Deutschland erläßt: Deutschlands Grenzen sind wie die von 1937 zu zeigen ... Der nördliche Teil von Ostpreußen ist mit der Bezeichnung „unter sowjetischer Verwaltung“ zu versehen. Der südliche Teil von Ostpreußen, alles östlich der Oder-Neiße-Linie und das Gebiet westlich der Odermündung, welches Stettin einbegreift, ist als „unter polnischer Verwaltung“ zu zeigen. Städte und Orte können in Deutsch oder auch in polnischer oder russischer oder in beiden Sprachen gezeichnet werden.

Diese beiden aus der letzten Zeit stammenden Verlautbarungen zeigen eindeutig, daß die Westmächte die polnisch-russische Auffassung nicht anerkennen, daß östlich der Oder-Neiße-Linie unverrückbare, vollendete Tatsachen geschaffen worden seien, sondern daß sie vielmehr die deutsche Ostgrenze nach wie vor als eine offene Frage behandeln.

Der Präzedenzfall 1919

Die deutsch-polnische Grenze, welche die Pariser Friedenskonferenz 1919 festlegte, ist gewiß nicht gut gewesen. Auch sie war das Ergebnis eines einseitigen Willensaktes, dem sich Deutschland zu fügen hatte. Damals aber standen wenigstens die Westmächte selbst nicht unter dem Druck vollendeter Tatsachen, und sie begegneten keinen Schwierigkeiten, sich über die örtliche Lage zu unterrichten; Sie konnten die Grenzlinie nach ihrem freien Ermessen so bestimmen, wie sie es für gut befanden. Auf der Friedenskonferenz selbst und später in der internationalen Meinungsbildung ist die Kritik an dieser Grenze nie verstummt. Eine Feststellung freilich ist dabei als allgemeine, unbestrittene Weltmeinung zutage getreten: Die in Versailles und später durch den Oberschlesienentscheid festgelegte Grenze wurde als das Aeußerste dessen angesehen, was auch eine deutschfeindliche Entscheidung Polen zubilligen konnte.

Lloyd George sagte dazu auf der Konferenz:

„Der Vorschlag der polnischen Kommission, daß wir 2 100 000 Deutsche unter die Herrschaft eines Volkes stellen sollen, das eine andere Religion hat und das während seiner ganzen Geschichte niemals die Fähigkeit zu einer selbstgebildeten Regierung von Bestand zu beweisen vermochte, muß in meinen Augen früher oder später zu einem neuen Krieg im Osten Europas führen.“

Das Ergebnis dieser Grenzführung faßte ein Jahr später der französische Professor Valmigièr in die Worte zusammen: „C'est le commencement de l'Asie“ (Hier beginnt Asien!). Dieser Gedanke, daß mit der Zerstörung der deutschen Ostgrenze zugleich der Existenzbereich Europas im Osten eingeengt wird, ist seither nie mehr aus der internationalen Erörterung verschwunden.

Falsche Informationen auf der Potsdamer Konferenz

Wie konnte es dahin kommen — das fragen sich heute nicht nur die Millionen Heimatvertriebenen, nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Welt —, daß die Westmächte diese Grenze von 1919, die sie fraglos selbst als extrem günstig für Polen angesehen haben, wenigstens „vorläufig“ preisgegeben und geduldet haben, daß Polen rund ein Viertel der Fläche Deutschlands de facto an sich riß? Fühlten sie sich außerstande, die Tatsachen zu ändern, welche die Rote Armee geschaffen hatte? Es wird schwer sein, die inneren Motive zu klären, die dem Unheil freie Bahn schufen. Doch wissen wir heute eines mit Bestimmtheit: Die westlichen Alliierten standen auf der Potsdamer Konferenz unter dem Einfluß wissentlich falscher Informationen über Ostdeutschland.

Im Chaos der großen Umschichtungen hatten die Westmächte zweifellos nur geringe Möglichkeiten, sich zuverlässige Informationen über die Lage der von der Roten Armee besetzten deutschen Ostgebiete zu beschaffen. Sie mußten sich deshalb bei ihren Entschlüssen wohl im wesentlichen auf die Auskünfte stützen, die ihnen von ihren östlichen Verbündeten erteilt wurden. Diese Mitteilungen besagten etwa folgendes: Die deutsche Bevölkerung östlich von Oder und Neiße sei nahezu vollständig vor der Roten Armee geflohen; nur geringe, nicht mehr zur Fortführung von Wirtschaft und Verwaltung des Gebietes ausreichende Reste seien zurückgeblieben. Deutschland als Rechtspersönlichkeit sei untergegangen. Das unbesiedelte Land im Osten sei nunmehr herrenloser Boden, den zum kleineren Teil Rußland (Raum von Königsberg) beanspruche und zum überwiegenden Teil Polen als Kompensation für Gebiete in Ostpolen erhalten solle, die es an die Sowjetunion abtrete. Auf mehrfache Anfragen fanden sich die Ostmächte bereit, das Verbleiben von etwa 1 500 000 Deutschen — für den weiten Raum natürlich eine verschwindend geringe Bevölkerungszahl — zuzugeben. Dieses Nachrichtenmaterial war das Fundament der Potsdamer Beschlüsse. Es war nachweislich falsch!

90 Prozent der Bevölkerung war im Oder-Neiße-Gebiet verblieben

Einige sehr bestimmte Feststellungen, die sich sogar auf polnische Quellen stützen können, beweisen das: Am 20. Mai 1947 verbreitete die „polnische Nachrichtenagentur West“ Zahlenmaterial über Volksbewegungen in Ostdeutschland. Darin wird zugegeben, daß die polnische Verwaltung bereits am 1. Juli 1945, also vor der Potsdamer Konferenz, eine Bestandsaufnahme der Bevölkerung östlich Oder und Neiße gemacht hatte. Dabei war eine ortsansässige Bevölkerung von 6,3 Millionen gezählt worden, wovon 1,5 Millionen als „Autochthonen“ (— hier handelte es sich offenbar um Personen, die infolge Zweisprachigkeit, durch Namensanalyse oder andere äußere Merkmale als Polen deklariert werden sollten. Später ist der Großteil davon ebenfalls ausgetrieben worden. Die Red. —) die Erlaubnis zum Verbleiben gegeben werden sollte. 4,8 Millionen wurden somit allein in dem polnisch verwalteten Gebiet — also ohne den sowjetisch verwalteten Raum von Königsberg — als Deutsche angesehen. Dabei war dies eine völlig einseitig unter polnischen Gesichtspunkten vorgenommene Zählung. Die Ostmächte wußten somit genau, daß sie die westlichen Teilnehmer der Potsdamer Konferenz wissentlich mit falschen Informationen beeinflussten. Rechnet man zu der selbst von Polen festgestellten ortsansässigen Bevölkerung von 6,3 Millionen hinzu, daß gemäß dem Reichsdurchschnitt damals aus diesem Raum ungefähr 1 Million Männer in Kriegsgefangenschaft gewesen sein dürften, und berücksichtigt man die allgemeinen Kriegsverluste, so ergibt sich, daß bis zum Jahre 1945 kaum mehr als 1 Million Ostdeutsche in die Gebiete westlich von Oder und Neiße geflohen sein können. Gegen 90 Prozent aller Ortsansässigen waren folglich in ihrer Heimat verblieben, die als „von der deutschen Bevölkerung geräumt“ bezeichnet worden ist.

Das Gebiet war rein deutsch!

Die Frage muß gestellt werden: Würden die Westmächte die Potsdamer Beschlüsse angenommen haben, wenn sie von diesen Tatsachen Kenntnis gehabt hätten? Würden sie nicht in diesem Falle die völlige Unvereinbarkeit der Beschlüsse mit dem Artikel II der Atlantik-Charta erkannt haben, in der alle Teilnehmerstaaten den Verzicht auf Gebietsveränderungen aussprechen, die „mit den frei geäußerten Wünschen der betroffenen Bevölkerung nicht übereinstimmen“? Denn sie hätten dann wissen müssen, worauf jederzeit die praktische Probe hätte gemacht werden können, daß eine Volksabstimmung im Raum zwischen der deutschen Ostgrenze von 1937 und der Oder-Neiße-Linie zum mindesten 95 Prozent, wahrscheinlich sogar 97 bis 98 Prozent deutsche Stimmen ergeben haben würde! Ein verschwindend geringer Prozentsatz polnischer Stimmen würde sich vielleicht unmittelbar am Grenzsaum ergeben haben. Daß Städte wie Königsberg und Breslau, wie Stettin und Landsberg a. d. Warthe, so unbestreitbar rein deutsch waren wie etwa München oder Hannover, Köln oder Stuttgart — daran zweifelt doch kein ernsthafter Beobachter.

Verstoß gegen Abkommen und Menschenrecht

Was steht im Potsdamer Abkommen?

Ohne deutsche Mitsprache wurde in Potsdam auf Grund des von den Ostmächten vorsätzlich herbeigeführten Irrtums der Westmächte über wesentliche Tatsachen im deutschen Osten folgendes beschlossen: Ziffer VI des Potsdamer Abkommens stellt fest, daß die vertretenen Mächte im Prinzip damit einverstanden sind, Königsberg und Um-

gebung an die Sowjets abzutreten, und daß die USA und Großbritannien bereit seien, diesen Vorschlag bei der endgültigen Friedensregelung zu unterstützen. Ziffer IX Abs. 2 besagt: „Die drei Regierungschefs sind übereingekommen, daß die früheren deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie mit Ausnahme des nördlichen Ostpreußen sich bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens unter Verwaltung des polnischen Staates befinden müssen.“ Ziffer XIII ergänzt diesen Beschluß folgendermaßen: „Die drei Regierungen erkennen nach allseitiger Ueberprüfung der Frage an, daß eine Umsiedlung der in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn verbliebenen deutschen Bevölkerung oder eines Teiles dieser Bevölkerung nach Deutschland erfolgen muß. Sie stimmen darin überein, daß jede Umsiedlung, die stattfinden wird, auf organisierte und humane Weise vorgenommen werden soll.“

Ziffer IX Abs. 1 lautet: „Die Chefs der drei Regierungen haben ihre Ansicht bekräftigt, daß die endgültige Bestimmung der polnischen Westgrenze bis zur Friedenskonferenz vertagt werden muß.“ Damit ist völlig klar festgelegt: 1. Wenn auch die Ausübung des deutschen Souveränitätsrechtes ruht, so ist das Gebiet östlich Oder und Neiße bis zur Reichsgrenze von 1937 nach wie vor deutsches Staatsgebiet, das nur „unter der Verwaltung“ der Sowjetunion und Polens steht. 2. Die endgültige Entscheidung über diese Gebiete, selbst über den Raum von Königsberg (— in welchem letzterem Falle sich die Westmächte zwar zu einer Unterstützung des sowjetischen Standpunktes bereit fanden —) wird der Friedenskonferenz vorbehalten. 3. Der Wortlaut der Beschlüsse spricht nur von einer Aussiedlung „aus Polen“, das heißt völkerrechtlich ganz klar: aus dem polnischen Staatsgebiet, nicht aber aus Gebieten, die nur provisorisch der polnischen Verwaltung unterstellt sind. 4. Umsiedlungen (wobei immer wieder festgestellt werden muß, daß die Westmächte annehmen mußten, daß es sich dabei nur um geringfügige deutsche Bevölkerungsreste handle) müssen „organisiert“ und „human“ vorgenommen werden.

Fragen an das Weltgewissen

Polen hat demgegenüber die „vollendete Tatsache“ geschaffen, daß es bis auf einen Rest von weniger als 400 000 Menschen die gesamte Bevölkerung des deutschen Ostens aus ihrer Heimat beseitigt hat. — Die vertragsgemäße Humanität, die dabei gewaltet hat, kann alle Welt aus der folgenden, furchtbaren Zahlenreihe unschwer ablesen:

Gebiet	Getötet oder verschleppt	Vertrieben	Am Ort belassen
Ostpreußen	807 000	1 656 000	180 000
Oberschlesien	450 000	828 000	350 000
Niederschlesien	910 000	2 080 000	90 000
Ostpommern	706 000	1 203 000	45 000
Ostbrandenburg	325 000	238 000	30 000
Gebiet östlich von Oder und Neiße insgesamt	3 198 000	6 005 000	695 000

Hat das Weltgewissen schon die Frage nach dem Schicksal jener 3,2 Millionen ostdeutschen Menschen gestellt, nach dem Schicksal jener Männer, Frauen und Kinder, die auf dem Boden ihrer Heimat totgeschlagen oder nach Sibirien verschleppt wurden? Völkerrechtlich geht aus diesen Zahlen jedenfalls eines klar hervor: daß sich die Ostmächte nicht an das Potsdamer Abkommen gehalten haben und daß infolgedessen bei den Verhandlungen über eine endgültige deutsche Ostgrenze auch die Westmächte wieder volle Verhandlungsfreiheit haben. Bei diesen Verhandlungen aber liegen die Tatsachen völlig klar.

Auch polnische Politiker waren gegen Oder-Neiße-Linie

Die Forderung aber, Polen als „Kompensation“ für galizische Dörfer deutsche Städte, im ganzen ein deutsches Gebiet von etwa zehnfachem Wert zu übereignen — war ohne Vernunft und Recht. Das alles haben auch polnische Staatsmänner, bevor die polnische Führung völlig in die Abhängigkeit der Sowjets geriet, eingesehen. Der polnische Exil-Ministerpräsident Arciszewski, der im gleichen Amt fungierende Mikolajzyk, der polnische

General Anders und viele andere maßgebliche Polen haben zwar auch sehr hohe Forderungen erhoben, an die Oder-Neiße-Linie aber doch keiner von ihnen gedacht!

Es war wiederum ein Pole, Professor Halecki, der im April 1945 unter Hinweis auf die „ganz extravagante Ausdehnung nach Westen“, die Polen damals von den Sowjets versprochen wurde, in der „Review of Politics“ schrieb: „... dieselben Leute, die jetzt Polen drängen, das russische Angebot anzunehmen, werden sie in der Zukunft tadeln, weil sie durch ihren Imperialismus ein neues Problem geschaffen hätten, das den Frieden Europas stören wird.“ „... Noch bis zum Jahre 1943 sah die polnische Untergrundbewegung und ihre Regierung in London klar, was kommen mußte, und sie verurteilte in einer Resolution die Oder-Neiße-Politik als einen Versuch seitens der Sowjetregierung, Polen in Abhängigkeit von Rußland zu bringen und es womöglich als ein Sprungbrett für eine Ausdehnung der Sowjetherrschaft über Zentraleuropa und insbesondere über Deutschland zu benützen.“

Ein Objekt des osteuropäisch-asiatischen Wirtschaftsblocks

Hier sind die wahren Gründe der sowjetischen Polenpolitik aufgedeckt: Mit dem Eintreten für die Oder-Neiße-Grenze kann ein doppelter, äußerst wirksamer Schlag nicht nur gegen Deutschland, sondern gegen Europa geführt werden. Mit der Austreibung der gesamten deutschen Bevölkerung Ostdeutschlands ist eine Art „wirtschaftsleerer Raum“ entstanden, der, um wieder Erträge zu erbringen, zuerst wieder mit Menschen ausgefüllt werden muß. Das heutige Bild Ostdeutschlands zeigt, daß dies nicht gelungen ist und nicht gelingen kann, denn Polen verfügt weder über die Menschen, um diesen Raum zu besiedeln — einen polnischen Bevölkerungsdruck gibt es seit dem Kriege überhaupt nicht mehr — noch über das Kapital, für diese Menschen eine neue Wirtschaft aufzubauen. Der Verfall der Kleinstädte, Dörfer und Güter ist unaufhaltsam. Im vergangenen Jahre waren mindestens 40 Prozent der Aecker in Ostdeutschland überhaupt unbestellt, der angebaute Rest wurde sehr extensiv genutzt. Das ganze Land ist praktisch hinsichtlich der Bevölkerung, ihrer Wohndichte und ihres Kulturstandes sowie der nach russischem Vorbild entwickelten totalitären Planwirtschaft bereits nahezu völlig den östlichen Verhältnissen angeglichen: Es ist aus Europa ausgeschieden und ein Teil des osteuropäisch-asiatischen Wirtschaftsblocks geworden. Ein Teilgebiet seiner Wirtschaft wird allerdings von den Sowjets bewußt forciert entwickelt: die oberschlesische Industrie. Sie soll das „osteuropäische Ruhrgebiet“ werden, die schwerindustrielle Schmiede des Ostblocks. Der abbauwürdige Kohlenvorrat Oberschlesiens übertrifft den Westdeutschlands nahezu um das Doppelte. So muß durchaus damit gerechnet werden, daß diese äußerst realen russischen Pläne mit Energie verfolgt und verwirklicht werden.

Die Ostgebiete Deutschlands Ernährungsbasis

Der Schlag gegen Europa reicht in der Tat sehr weit hinein in den Westen! Wünschten die Westmächte, daß das restliche Deutschland eine „sich selbst tragende“ (self supporting) Wirtschaft entwickeln sollte, so ist dieses Ziel unerreichbar, solange die Ostgebiete in einem fremden Wirtschaftsraum liegen. Es ist bekannt, daß schon mit den Ostgebieten die äußerste Selbstbeschränkung notwendig war, um Deutschland auf eigenem Boden zu ernähren. Fehlt indes dieser Raum, aus dessen Erträgen früher in Westdeutschland über 26 Millionen Menschen mit Fett, eben viele mit Fleisch, 20 Millionen mit Brot und 25 Millionen mit Kartoffeln ernährt wurden, so ist es unvermeidbar, daß die Welt, in erster Linie die USA, vor der Wahl steht, entweder Deutschland verhungern zu lassen bzw. es in die Verzweiflung des Ostens zu treiben oder aber laufend aus amerikanischer Produktion diese Unterbilanz auszugleichen.

Polens Gebietsansprüche ohne Recht und Vernunft

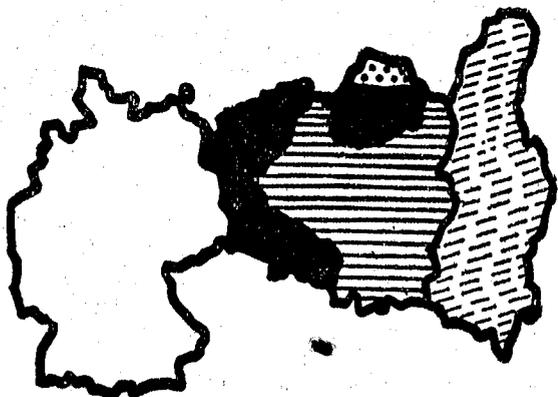
Was hat Polen verloren und was hat es genommen?

Die Bestimmungen der Abkommen von Jalta und Potsdam besagen zwar, daß Polen für die Abtretung des Ostgebietes an Rußland entschädigt werden soll, doch ist der Umfang der deutschen Gebietsabtretungen in keiner Weise festgelegt.

Was hat nun Polen im Osten verloren und wie weit waren diese Gebiete wirklich polnisch? Hier sind einige Feststellungen zu machen:

1. Das von Polen abgetrennte Gebiet von Wilna war durch die Friedensregelung von 1918/19 Litauen zugesprochen worden; es wurde lediglich von Polen im Herbst 1920 durch einen militärischen Ueberfall dem schwachen Litauen entrissen.
2. Ebenso ist das Gebiet von Ostgalizien infolge der militärischen Ueberlegenheit der Polen über die Ukraine in den Jahren 1919/20 an Polen gefallen, was von den Alliierten später erst nach langem Widerstreben sanktioniert wurde.
3. In den abgetretenen Ostgebieten waren die Polen (laut polnischer Volkszählung vom Jahre 1931) mit 3,9 Millionen gegenüber einer Gesamtbevölkerung von etwa 11,3 Millionen mit etwa 34 Prozent in der Minderheit. Nur in einer abgetrennten Woiwodschaft (Provinz) hatten die Polen mit 52,6 Prozent die Mehrheit; in allen anderen Woiwodschaften bildeten sie eine Minderheit von 14 Prozent an aufwärts. In Ostgalizien gab es sogar Kreise, in welchen der polnische Bevölkerungsanteil nur 5,4 Prozent betrug.

Das auf Grund des Abkommens von Jalta von Polen abgetrennte Gebiet hat einen Umfang von etwa 180 000 qkm, während das von Polen besetzte deutsche Gebiet östlich der Oder und Neiße 104 000 qkm umfaßt. Abgesehen davon, daß dieses von Polen abgetretene Land nur zu einem geringen Teil polnisches Siedlungsgebiet war, bestand es zu mindestens zwei Dritteln aus öden Flächen ohne Kulturwert, worunter die berühmten Pripjet-Sümpfe einen breiten Raum einnahmen. Nennenswerte Industrie oder Bodenschätze enthielten diese Ostgebiete nicht. Demgegenüber stellen die 104 000 qkm deutschen Landes jenseits der Oder und Neiße zum größten Teil ein hochkultiviertes landwirtschaftliches Gebiet dar und weisen eine hochentwickelte Industrie in Schlesien und große Bodenschätze auf.



Polnisches Gebiet (1937)



Von der Sowjetunion annektiertes, ostpolnisches Gebiet



Ostdeutsches Gebiet — unter polnischer Verwaltung



Nord-Ostpreußen (russische Verwaltung)

Zehn Millionen mußten einer Million weichen

Laut amtlichen polnischen Angaben wurden aus den an Rußland abgetretenen Ostgebieten seit 1945 nicht ganz 1,5 Millionen Polen nach Polen umgesiedelt, während umgekehrt aus Polen 518 000 Ukrainer, Weißrussen und Litauer nach Rußland abgeschoben wurden, so daß der polnische Bevölkerungszuwachs aus dieser Aktion praktisch eine Million Personen betrug. Demgegenüber hat Polen aus den deutschen Ostgebieten (ohne dem von Rußland besetzten nördlichen Ostpreußen) 8,5 Millionen Deutsche vertrieben. Hinzu kommen noch etwa eine Million Deutsche aus den polnischen Kerngebieten, die ja gleichfalls nach Deutschland ausgewiesen wurden bzw. noch ausgewiesen werden sollen. Polen hat also einen Siedlungsraum von fast 10 Millionen Menschen in Anspruch genommen, hingegen aber nur eine Million Umsiedler aus den Ostgebieten hinzubekommen.

Kann Polen das Oder-Neiße-Gebiet besiedeln?

Es entsteht nun die Frage, ist Polen überhaupt in der Lage, die Gebiete jenseits der Oder und Neiße richtig zu besiedeln und wirtschaftlich entsprechend zu nutzen? Nach amtlichen polnischen Angaben gab es 1946 in Polen bei einer Gesamtbevölkerung von 23,9 Millionen nur 20,5 Millionen Polen. Von diesen wurden in den deutschen Ostgebieten, nach polnischen Angaben, etwa 5 Millionen angesiedelt. Polen mußte also, um diese Gebiete wenigstens notdürftig zu besiedeln, bereits rund ein Viertel seiner Bevölkerung aus dem polnischen Kerngebiet herausziehen. Der Verlust eines so großen Teiles der Bevölkerung bedeutet aber für das allgemein nicht stark bevölkerte polnische Kernland schon die Grenze des Möglichen. Ging doch die Bevölkerungsdichte Polens je qkm von 90 im Jahre 1937 auf 77 im Jahre 1946 zurück, während sie sich in derselben Zeit in Deutschland von 140 auf 185 erhöhte. Im polnisch verwalteten Oder-Neiße-Gebiet betrug die Bevölkerungsdichte durchschnittlich gar nur 48 Personen je qkm. (Eigenbericht.)

Der osteuropäische Block im Hintergrund

Die Einverleibung des gesamten Gebietes bis zur Oder-Neiße durch Polen kann nicht anders erklärt werden, als mit dem Bestreben, diese wirtschaftlich hochbedeutenden Gebiete zu besitzen. Hinter diesem starren Anspruch Polens steht insbesondere die Sowjetunion. Die Satellitenstaaten der Sowjetunion, vor allem die Tschechoslowakei, haben ihre Wirtschaft bereits weitgehend auf die neue industrielle Kraft Polens eingestellt, die auch der Sowjetunion selbst in weitgehendem Maße zugute kommt. Somit ist die Einverleibung der deutschen Gebiete nicht allein eine Angelegenheit Polens, ebensowenig wie sie eine Kompensation für erlittene Verluste ist, sondern sie entspringt vielmehr der gemeinsamen Politik der kommunistisch beherrschten Länder mit Rußland an der Spitze.

Ein industriell starkes und weit nach Westen reichendes Polen ist bei seinem gegenwärtigen Abhängigkeitsverhältnis von Moskau ein wichtiges Instrument der sowjetischen Europapolitik, gewissermaßen eine Brücke, über die Rußland allein Verfügungsrecht hat.

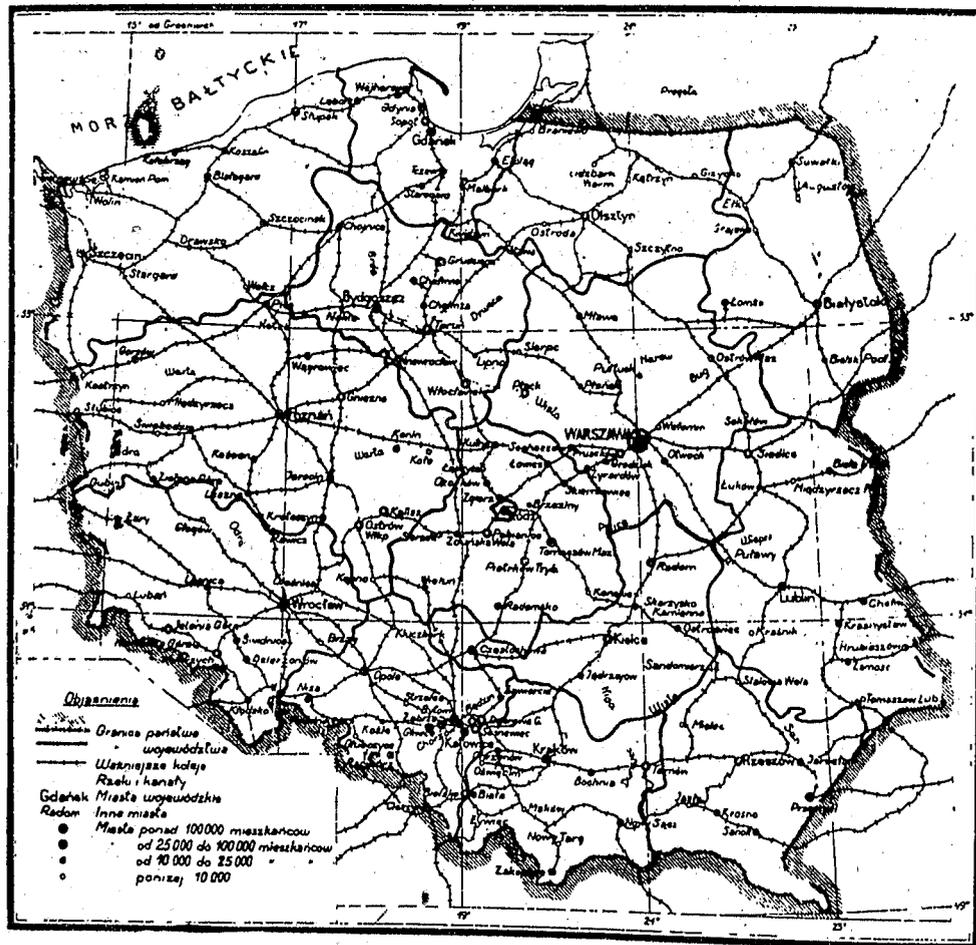
Polnische Verwaltungsgrenzen im Oder-Neiße-Gebiet

Mit dem alten Staatsgebiet Polens verwaltungsmäßig verschmolzen

Unter offener Mißachtung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, denen zufolge die deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße nur unter polnische Verwaltung gestellt werden und über ihr endgültiges Schicksal erst im Friedensvertrag entschieden werden soll, hat Polen die Verwaltungseinteilung in diesen Gebieten von vornherein so vorgenommen, als wären sie dem polnischen Staat endgültig einverleibt. Bereits 1946 hat Polen eine völlige Neueinteilung seiner Verwaltungsbezirke, genannt Woiwodschaften,

durchgeführt, wobei die ehemals deutschen Gebiete verwaltungsmäßig teils mit alten Woiwodschaften Polens verschmolzen, teils als neue Verwaltungseinheiten nach polnischen Gesichtspunkten geschaffen wurden. Der Beschluß der polnischen Regierung vom 11. Januar 1949, diese Gebiete offiziell als polnisches Staatsterritorium zu erklären, war also nur die formale Sanktionierung dessen, was praktisch bereits gleich nach Beginn der polnischen Verwaltung durchgeführt wurde.

Die neue Karte von Polen
RZECZPOSPOLITA POLSKA
 Podział administracyjny z dnia 1.IV 1947 r.



Die früheren deutschen Verwaltungseinheiten wurden willkürlich und zielbewußt aufgespalten. So ist der östliche Streifen des unter polnische Verwaltung gestellten Teiles Ostpreußens mit den Kreisen Lyck, Lötzen und Goldap der alten polnischen Woiwodschaft Bialystok einverleibt worden. Aus dem übrigen polnisch verwalteten Ostpreußen wurde die Woiwodschaft Allenstein (Olsztyn), ausgenommen die westlichen Kreise Elbing, Stuhm, Marienburg und Marienwerder, die zusammen mit dem pommerschen Kreis Lauenburg und Danzig zur Woiwodschaft Danzig (Gdansk) vereinigt wurden. Das übrige Pommern wurde als neue Woiwodschaft Stettin (Szczecin) zusammengefaßt, während der unter polnische Verwaltung gekommene Teil der Provinz Brandenburg sowie die zwei nördlichen Kreise Niederschlesiens, Grünberg und Fraustadt, der alten polnischen Woiwodschaft Posen, die übrigens auch beträchtlich nach dem Osten hin erweitert wurde, einverleibt wurden. Niederschlesien blieb mit Ausnahme der genannten Kreise Grünberg und Fraustadt als Woiwodschaft Breslau (Wrocław) eine geschlossene Verwaltungseinheit, während Deutschoberschlesien mit dem 1921 an Polen gefallenem Teil Oberschlesiens und dem Sosnowitzer Kohlenbezirk zur Woiwodschaft Schlesien vereinigt wurde.

SEP Polens Bundesgenosse

Nach jahrelangem Zickzackkurs dem polnischen Druck gewichen

Von polnischer Seite wurde wiederholt der Versuch unternommen, die einseitigen Maßnahmen in den ehemaligen deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie durch den Hinweis auf die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens völkerrechtlich zu fundieren. Insbesondere bemühte sich auch der russische Außenminister Molotow — in seiner Erklärung zur Stuttgarter Rede des amerikanischen Außenministers Byrnes — im September 1946 darzulegen, daß der von Truman, Attlee und Stalin unterzeichnete Beschluß der Potsdamer Konferenz die Westgrenze Polens bereits bestimmt habe und lediglich seiner Formulierung durch eine künftige internationale Friedenskonferenz harre. Alle diese Versuche konnten jedoch nicht ungeschehen machen, daß in Potsdam die endgültige Bestimmung der polnischen Westgrenze bis zur Friedenskonferenz vertagt wurde.

Nicht nur bei den 12 Millionen Ostvertriebenen, sondern bei der gesamten deutschen Bevölkerung stießen diese Bestrebungen auf eine einmütige Ablehnung. Sogar die SEP mußte dieser Stimmung Rechnung tragen. Obwohl sie in der Frage der Oder-Neiße-Linie jahrelang einen Zickzackkurs steuerte, hatte sie bis vor kurzem nicht gewagt, offen für die Anerkennung der polnischen Ansprüche einzutreten. Nachdem aber die polnische Regierung vor einigen Wochen die de facto bereits vollzogene Annexion auch verwaltungstechnisch ergänzt hatte, konnte es nicht ausbleiben, daß der letzte Parteikongreß der SEP seine Zustimmung offiziell bekanntgab.

Polnisches Lob für die SEP

Die SEP wurde daraufhin von der polnischen Zeitung „Trybuna Ludu“ als Bundesgenosse begrüßt, und es wurde im Zusammenhang damit darauf hingewiesen, daß zum erstenmal seit Kriegsende die Befahrung der Oder-Neiße-Grenze von der SEP auf ihrem Parteitag zu einem Programmpunkt erhoben worden sei, der für jedes SEP-Mitglied bindend ist. Angesichts der hysterischen Ablenkungsmanöver in Westdeutschland, für die der überflüssige Prozeß gegen Reimann einen willkommenen Anlaß bot, bedeutet dieses „Lob aus berufenem Munde“ eine — wenn wahrscheinlich auch ungewollte — Bestätigung der schändlichen Quisling-Rolle der deutschen Kommunisten.

Die „Anerkennung“ der Oder-Neiße-Linie durch die SEP ist jedoch völkerrechtlich ebenso unerheblich wie die durch die gegenwärtigen Machthaber in Polen vollzogene Annexion der ehemaligen deutschen Gebiete. Beide repräsentieren lediglich einen verschwindend geringen Bruchteil der Bevölkerung ihrer Länder.



CDU, Katholische Kirche und Oder-Neiße-Linie

Polnische Katholische Kirche verteidigt die Austreibung der Deutschen

Am 6. Juni 1948 nahm der polnische Episkopat in der Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“, die von der Krakauer erzbischöflichen Kurie inspiriert ist, zum ersten Male offiziös zur Frage der Oder-Neiße-Grenze Stellung. In dieser Erklärung heißt es:

Wenn bei der Aussiedlung der Deutschen nicht immer die ethischen Grundsätze angewandt wurden, welche für solche Aktionen vorgesehen sind, so ist das zu erklären durch die psychologische Stimmung eines durch die Deutschen tödlich verletzten Volkes und die feindliche Einstellung dieser deutschen Bevölkerung zu den Polen in der Kriegszeit, und sicher waren diese polnischen Methoden insgesamt oder überwiegend menschlicher als die von den Deutschen in der Kriegszeit gegen die Polen angewandten Methoden.

Nachdem die katholische Zeitung diese Stellungnahme veröffentlicht hatte, erließ am 12. Juni Kardinal Hlond, der Erzbischof von Warschau und Primas von Polen, einen Brief an die polnischen Siedler in den neuen Westgebieten, in dem er erklärte, daß die Kirche die Rechte der Polen in den neuen Gebieten schützen werde. Die Situation ist in Polen grundsätzlich dieselbe wie in den übrigen unter bolschewistischer Abhängigkeit lebenden osteuropäischen Ländern. Was läge näher als die Annahme, die Kirche werde sich in ruhiger Würde distanzieren von dem nationalistischen Rummel, mit dem in all diesen Ländern der eigentliche Vorgang der Sowjetisierung überdeckt wird.

Um so überraschender ist man, in dem Reisebericht des Kardinals Griffin, katholischer Erzbischof von Westminster, folgende Darstellung zu finden: „Der englische Besuch wurde für viele katholische und nichtkatholische Kreise Anlaß zu einer ausgedehnten nationalen Propaganda, die in einer unglückseligen Vermischung politischer, völkischer und religiöser Gedankengänge leider oft die Wahrheit und Gerechtigkeit verfehlte.“ Die deutschen Ostvertriebenen werden sich freuen, wenn sie diese „Polnisierung“ ihrer Heimat durch den polnischen Katholizismus erfahren.

Was sagt die CDU dazu?

Und nun unsere Frage an die CDU: Was hat die CDU-Führung getan durch öffentlichen Protest, durch dringliche Vorstellungen beim Vatikan, evtl. sogar durch Fühlungnahme mit dem polnischen Episkopat, daß ihre sehr schöne Wahlforderung „Niemals-Oder-Neiße-Grenze“ wenigstens zum Allgemeingut der katholischen Kirchenpolitik wird; daß wenigstens die ungeheuerlichen Lügen und Haßorgien gegen das deutsche Volk aus den offiziellen Verlautbarungen der höchsten kirchlichen Würdenträger Polens verschwinden? Wenn — was wir vermuten —, die CDU von all dem nichts getan hat, wie will sie es verantworten, getragen von derselben universalen Kirche, die in Polen die Oder-Neiße-Linie als endgültig erklärt, in Westdeutschland die Annullierung dieser Grenze zu fordern? Beträgt man nicht die Ostvertriebenen, wenn man ihnen die Heimat verheißt, indes die gleiche katholische Seite auf der anderen Seite Hand in Hand mit dem kommunistischen Regime die deutsche Heimat für uralten polnischen Heimatraum erklärt und mit Geburtensteigerung und Waffengewalt verteidigen will?

Ministerpräsident Arnold für gemeinsame deutsch-polnische Verwaltung

Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold (CDU), hat anlässlich der vierten internationalen Tagung der katholischen Kolpingvereine in Köln Anfang Juni 1949 eine gemeinsame deutsch-polnische Verwaltung für die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie vorgeschlagen. In Flüchtlingskreisen ist diese Anregung auf erbitterte Ablehnung gestoßen, wie eine Reihe von Zuschriften zeigt.

Wir geben im folgenden ein Schreiben des früheren Regierungsvizepräsidenten von Breslau, von Klitzing, an Ministerpräsident Arnold im Auszug wieder:

„Herr Ministerpräsident, auch ich gehe mit Ihnen eine Richtung, wenn Sie für den großen europäischen Gedanken, der zu entwickeln ist, den Haß als Grundlage ausschalten. Hierbei muß jedoch der Grundsatz gelten, daß deutsches Land den Deutschen und polnisches Land den Polen gehört. Es kann aber niemals angehen, daß die Grundlage gleicher Rechte für Deutsche und Polen auf geraubten deutschen Gebieten gefunden wird, wie Sie, Herr Ministerpräsident, dies in gemeinsamer Verwaltung deutschen Landes durch Deutsche und Polen östlich der Oder-Neiße-Linie sehen.“

Auch nur der Gedanke daran, Herr Ministerpräsident, muß in unseren Herzen bittersten Groll auslösen und zur Verurteilung solcher Auffassung führen. Solche Auffassung läßt erkennen, daß Sie, Herr Ministerpräsident, unsere östliche Heimat jenseits

der Oder-Neiße-Linie von der Ostsee bis zur Südgrenze, die historische Entwicklung der östlichen Provinzen und — vor allen Dingen unsere Menschen — nicht kennen.“

Auch Goebel für Aufgabe des Oder-Neiße-Gebietes

Dem Geistlichen Rat Goebel vom Hauptausschuß der Ostvertriebenen schwebt ein Plan vor, den umstrittenen Gebieten einen Status, ähnlich dem der Schweiz zu geben, mit dem es ermöglicht wird, daß Deutsche, Polen und Tschechen in einer Nationalitäten-Föderation unter der Garantie des Europäischen Rates leben. Dieser Plan ähnelt dem Vorschlag des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Arnold, und Goebel wird sich mit Arnold über die weitere Durchführung und Koordinierung besprechen.

Das ungelöste Grenzproblem

Die Haltung der SPD

Entgegen der zweideutigen Haltung der CDU und der katholischen Führer wird der gegenwärtige Zustand in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten von der Sozialdemokratie konsequent abgelehnt. Nachstehend einige Aussprüche:

„Die deutschen Sozialdemokraten werden mit den friedlichen Mitteln der Politik um jeden Quadratkilometer östlich der provisorischen Verwaltungsgrenze kämpfen.“
(Dr. Schümacher am 8. September 1946.)

Die Oder-Neiße-Linie wird von uns nie als etwas Endgültiges, sondern nur als fragwürdiges Provisorium angesehen werden, erklärte der niedersächsische Flüchtlingsminister Pastor Albertz (SPD) zu der Nachricht, daß das Ministerium für die polnischen Westgebiete aufgehoben worden ist und diese Gebiete in die polnische Gesamtverwaltung eingegliedert wurden.
(„Neuer Vorwärts“, Hannover, 15. Januar 1949.)

„Die Regelung der deutschen Grenzen kann erst durch den Friedensvertrag erfolgen. Irgendeine Anerkennung vorher geschaffener Tatsachen ist deswegen nicht möglich, weil die Alliierten selbst den provisorischen Charakter dieser Schritte betont haben. Die Ostgrenzen halten alle Deutschen für provisorisch und im Widerspruch zu den Erklärungen von Potsdam stehend, die ausdrücklich feststellen, daß die endgültige Grenzziehung durch den Friedensvertrag erfolgt. Die Grenzfrage ist offen, und es ist ganz klar, daß alle deutschen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, das Optimum erstreben, denn die Flüchtlingsfrage mit den sozialen und nationalen Konsequenzen ist eine zu schwere Hypothek. Grundsätzlich ist jede Gewaltlösung einer europäischen Entwicklung abträglich.“

(Dr. Schumacher in einem Interview mit französischen Journalisten Anfang Juni 1949.)

Unberechtigte polnische Ansprüche

Die Behauptung des ehemaligen polnischen Informationsministers Matuszewski, das Problem der Oder-Neiße-Grenze sei für Polen nicht mehr diskutabel, darf nicht unwidersprochen bleiben. Die „fortschrittlichen Demokraten“ der Ostzone und die Sowjetunion, auf die sich Polen heute stützt, repräsentieren weder Deutschland noch Europa. Für eine dauerhafte Lösung dieses Problems auch im Interesse Polens sind jedoch Deutschland und Europa die Hauptpartner, denn es geht hierbei um mehr als um ein Handelsobjekt, mit dem ostzonale Gelegenheitspolitiker selbstherrlich verfahren können. Auch stellt die durch die Sowjetunion erzwungene Rückverlegung der polnischen Ostgrenze auf die sog. Curzon-Linie und der damit verbundene Verlust von 180 000 qkm und 9,85 Mill. Bewohnern für Polen keinen Rechtstitel auf die Annexion deutscher Gebiete an der polnischen Westgrenze mit 100 000 qkm dar.

Eine verantwortungsbewußte englische Stimme

Der Londoner „Economist“ hat in diesem Zusammenhang einmal festgestellt, daß die deutsch-polnische Grenze von 1939, abgesehen von unerheblichen Einzelheiten, durchaus gerecht war, und die Polen sollten besser als irgendein Volk wissen, daß die Zerstückelung besiegter Nationen noch nie eine befriedigende Lösung, immer jedoch neue Unruheherde geschaffen hat. Er knüpft daran die Frage: „Sehen die Polen nach all dem, was sie durchgemacht haben, wirklich ihre Zukunft darin, für einige Jahre eine halbe Großmacht zu sein, um für die übrige Zeit aufgeteilt zu werden?“ Aus dieser Frage spricht tieferes Verantwortungsbewußtsein um den Weiterbestand Polens als aus manchen Äußerungen offizieller polnischer Repräsentanten. Der Haß, der sich zwischen den beiden Völkern entwickelt hat und der in erster Linie durch die Verbrechen der Nazidiktatur und dann

auch durch die Rache der Polen an den besiegten Deutschen entstanden ist, scheint zu bitter und zu tief eingewurzelt für ein friedliches Zusammenleben als Nachbarn. Aber selbst wenn die menschlichen und nationalen Fragen ausgeschaltet werden könnten, die das Problem der deutschen Ostgrenze belasten und es potentiell so explosiv gestalten, blieben die rein wirtschaftlichen Fragen der Grenzänderung und der Bevölkerungsausweisung ungeheuerlich.

Die Vernunft muß siegen

Nichts kann es rechtfertigen, daß ein vorwiegend landwirtschaftlicher Staat sich ein Gebiet aneignet, das vor dem Kriege ein Fünftel der gesamten deutschen Ernährung lieferte. Denn Polen kann mit eigenen Kräften nicht annähernd diese Produktion erreichen. Das ist nicht der Fehler der neuen polnischen Siedler oder die Schuld der polnischen Verwaltung. Sie geben sich große Mühe. Nach allen Berichten ist ihr Versuch, die seit 1945 verödeten und toten Gebiete wieder zu kultivieren, erstaunlich schnell und erfolgreich gewesen. Trotzdem liegen viele Dörfer in Süd-Ostpreußen, Pommern und Schlesien heute noch halb leer, in großen Landstrichen liegt die Erde brach, und das Unkraut wächst hoch und dicht in einem der einstmalig reichsten Ackerbaugebiete Europas. Es gibt nicht genügend Arbeitskräfte für diese Arbeit.

Wenn Europa in einer Welt des Reichtums und des Ueberflusses lebte, wäre das ganze Problem nur für Deutschland eine Tragödie und Deutschland müßte sich damit abfinden. Aber fast ganz Europa leidet schweren Mangel. Was kann es für eine größere Torheit geben, als diesen Mangel künstlich durch Grenzänderungen und Massenverreibungen zu vergrößern, die zu einer fürchterlichen Ueberbevölkerung und zu ständigem Hungerdasein in Deutschland sowie zu leeren Dörfern und unbestellten Aeckern in Polen führen? Es gibt keine größere Verantwortungslosigkeit, als leichtfertig und oberflächlich mit Bruderkuß und Versicherungen gegenseitiger Freundschaft an diesem Abgrund realer Schwierigkeiten vorbeizusehen und über das schwerwiegendste und schicksalträchtigste Problem des an Problemen wirklich so reichen Nachkriegseuropas zur Tagesordnung überzugehen. Es geht nicht mehr um „nationale Gerechtigkeit“ gegen „nationales Unrecht“. Es geht und kann nur darum gehen, eine Lage zu schaffen, die Aussicht auf Dauer hat, die den Boden gegenseitiger echter Verständigung und tatsächlicher Annäherung beider Völker vorbereitet, weil sie allein es den Menschen ermöglicht, zu leben und leben zu lassen und in gegenseitiger Hilfe ihr normales Leben wiederherzustellen. Ohne Konzessionen und Kompromisse auf beiden Seiten wird es dabei nicht gehen, ohne einsichtsvolles Einlenken werden die nationalen Schwierigkeiten nie aussterben und die Gefahr eines neuen Weltenbrandes wird immer gegenwärtig sein.

Die Vorgänge in Jugoslawien zeigen deutlich, daß Europa eine natürliche Einheit ist, die auf die Dauer nicht durch brutale Unterdrückung und nackte Gewalt niedergehalten werden kann. Gerade auf dem Gebiet der Wirtschaft dokumentiert sich mit dem Eigengewicht ökonomischer Tatsachen die Einheit Europas am besten. Das wird sich auch in der deutsch-polnischen Frage zeigen. („Telegraf“, Berlin, 9. Juli 1949.)